

Terror in Paris: EU-Kommission will Waffengesetze verschärfen

Bastelstunde im Irrenhaus

Lange hat es nicht gedauert, bis die EU-Nomenklatura eine Antwort auf die Frage gefunden hatte, wie dem islamistischen Terror am besten zu begegnen wäre: mit einer Einschränkung des privaten Waffenbesitzes nämlich. Wie das deutsche Nachrichtenmagazin „Der Spiegel“ meldet, sollen den Bürgern bestimmte Typen halbautomatischer Waffen künftig nicht mehr zum (legalen) Erwerb zur Verfügung stehen. Ob auch an die Enteignung der zahlreichen, in der Vergangenheit rechtmäßig erworbenen Waffen dieser Art gedacht ist (angesichts des prekären Zustands der Staatsfinanzen wohl *entschädigungslos*), ist vorerst unklar.

Man ist als leidgeprüfter Insasse des von Brüssel aus gelenkten Narrenschiffs namens EU ja einiges gewöhnt, aber hier haben wir es mit einem ganz besonders delikaten Leckerbissen zu tun. Da massakrieren ein paar mörderische Religionseiferer, 130 unschuldige Menschen – und zwar unter Verwendung *vollautomatischer Waffen*, die von europäischen Bürgern zu keiner Zeit je auf legale Weise erworben werden konnten – und die Kommission möchte daraufhin einen völlig anderen Waffentyp verbieten.

Dieser weltfremde Aktionismus nimmt sich so aus, als ob als Antwort auf eine tödliche Amokfahrt eines volltrunkenen Narren mit einem Porsche 911, der Verkauf von Dieselfahrzeugen verboten werden sollte. Man hält so viel Torheit nicht für möglich!

Die vielen Opfer des Terrors, einschließlich derer, die in Zukunft noch zu beklagen sein werden, sind mit weiteren Verschärfungen der in Euroland ohnehin bereits sehr restriktiv gehandhabten Waffengesetze mit Sicherheit nicht zu verhindern. Dazu werden schon andere Register gezogen werden müssen, die zu erörtern an dieser Stelle nicht der Platz ist.

Wer indes wissen will, wie dem Terror wirkungsvoll zu begegnen ist, wende seinen Blick dorthin, wo man mit diesem Phänomen die meiste Erfahrung hat: nach Israel. Dort hat der Bürgermeister von Jerusalem, unter dem Eindruck der gewalttätigen Ausschreitungen anlässlich der dritten Intifada, die rechtschaffenen Bürger des Landes eben dazu aufgefordert, sich privat zu bewaffnen.

So – und nicht anders – ist auch in Europa der Gefahr zu begegnen, zum Opfer einer Gewalttat zu werden. **Vor bewaffneten Bösen, schützen nur bewaffnete Gute.** Nicht die Teilnahme an Selbsterfahrungsgruppen oder Meditationskreisen, keine intensivierete Willkommenskultur und ganz bestimmt kein Appeasement. Einzig sinnvolles Mittel dazu, ist die Waffe in der Hand des angegriffenen Opfers. Die (staatlichen) Sicherheitskräfte können schließlich nicht überall sein – auch wenn sie noch so stark sind. In Israel wurde das begriffen.

Anstatt also einen weiteren Schritt in die falsche Richtung zu setzen, sollten die Obertanen der EU endlich zur Kenntnis nehmen, dass die Entwaffnung rechtschaffener Bürger, in einer Zeit wachsender Terrorgefahr, nicht nur sinnlos, sondern grob fahrlässig – ja geradezu *irrsinnig* ist. Man nimmt damit nämlich jedem, der sich, seine Lieben – und letztlich die Gesellschaft - vor Gewalttätern schützen will, die einzigen dafür geeigneten Mittel. Die Bürger werden durch restriktive Waffengesetze der Willkür von Terroristen und anderen Gewaltverbrechern wehrlos ausgeliefert.

Ein Blick nach Israel überzeugt: Aggressiver Gewalt ist nur durch gleich wirksame Gewalt effektiv zu begegnen. Juncker & Genossen, die ihr eigenes Leben durch Dutzende schwerbewaffnete Büttel schützen lassen, sollten auch denjenigen, die ihre märchenhaften Gehälter bezahlen, zubilligen, sich im Fall des Falles selbst wirksam zu verteidigen.

a.toegel@atomed.at